

Kurzbericht

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(62. - öffentliche - Sitzung am 24. Februar 2021)

Außerhalb der Tagesordnung:

Eingangs verständigte sich der Ausschuss darauf, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte so zu verändern, wie es sich aus diesem Kurzbericht ergibt. Ferner ergänzte er die Tagesordnung um die beiden zusätzlichen Punkte 10) und 11).

Beratungsthemen:

1. Unterrichtung durch die Landesregierung zur Nutztierhaltungsstrategie

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. Antibiotika-Kontrollen: LAVES stärken statt bewährtes Kontroll-System zerschlagen - keine Herabstufung der Zuständigkeit vom Land auf die Kommunen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8341](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er lehnte den Antrag der Fraktion der Grünen auf eine mündliche Anhörung mehrheitlich ab und verständigte sich darauf, eine schriftliche Anhörung des Niedersächsischen Landkreistages und des LAVES zu dem Thema durchzuführen.

3. Unterrichtung durch die Landesregierung zur Positionierung der Landesregierung zum geplanten Insektenschutzgesetz der Bundesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung um eine erneute Unterrichtung bei Veränderung des Sachstandes.

4. Unterrichtung durch die Landesregierung zum „Kompromiss mit den Landwirten, die sich an der Mahnwache beteiligten“, wie er in einer Presseinformation vom 2 Februar 2021 angekündigt worden ist

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. EU-Mercosur-Handelsabkommen stoppen: Regenwald, Klima und europäische Landwirtschaft schützen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/4485](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung über die öffentliche Anhörung des Ausschusses für internationalen Handel des Europäischen Parlaments zum EU-Mercosur-Handelsabkommen am 25. Februar 2021. Die regierungstragenden Fraktionen kündigten an, im Anschluss ggf. einen Änderungsvorschlag bzw. Änderungsantrag zu dem Antrag einzubringen.

6. **Nottötung von Schweinen tierschutzkonform durchführen**

Antrag der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8471](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu dem Thema in einer der kommenden Sitzungen.

7. **Landwirtschaftliche Betriebe erhalten - (Teil-)Umstiege aus der Schweinehaltung auf andere landwirtschaftliche Alternativen fördern**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8546](#)

Der Ausschuss kam unter Bezugnahme auf TOP 1 überein, zunächst den Abschlussbericht aus der IMAG abzuwarten, und nahm in Aussicht, die Landesregierung danach um eine Unterrichtung zu dem Antrag zu bitten..

8. **Hauswirtschaft stärken**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/8496](#)

Der Ausschuss bat den Unterausschuss „Verbraucherschutz“ gemäß § 28 Abs. 4 in Verbindung mit § 39 Abs. 2 Satz 3 der Geschäftsordnung um eine Stellungnahme.

9. **Flexibilisierung für Neuansiedlungen und bestehende Einzelhandelsunternehmen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung unserer ländlichen Räume**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/8497](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema in einer der kommenden Sitzungen; eingegangen werden soll dabei im Besonderen auf die EU-Dienstleistungsrichtlinie sowie auf die entsprechenden Regelungen in anderen Bundesländern.

10. **Unterrichtung der Landesregierung über das Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat zum Agrarmarktstrukturgesetz**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

11. **Beschlussfassung über eine Unterrichtung der Landesregierung zur Übernahme der Real-Märkte durch die EDEKA-Gruppe**

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema. Als Termin nahm er den 10. März in Aussicht.